Nummer 41 — Halle, Donnerstag, den 18. Februar 1926. — 61. Jahrgang — Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Boten beträgt 2.00 Reichsmark, durch Ausgabestellen ohne Bringerlohn 1.80 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark a. 30 Pfennige Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags. Die Anzeigen werden nach Goldpfennig-Zeilen berechnet; die Zeile 0.35 Reichsmark, für Anzeigen, die im gleichen Umfang in der „Allgemeinen Zeitung" erscheinen, besondere Berechnung. Verlagsort: Neue Promenade 14 a. Ecke Bernhardinstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Drahtanschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Gläßner, Halle. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Heute liegen weitere Mitteilungen von einer allgemeinen Senkung der Wirtschaftsnot im Reiche vor. Auch die Zahl der entlassenen Privatangestellten hat einen Rückgang bis auf generell 3,5 Prozent erfahren. Die Vergebung von Reichsbahnaufträgen wird heute aus Görlitz gemeldet. Auf den Hamburger Werften sind die Betriebsreduzierungen insofern gemildert worden, als ab 15. d. M. ab täglich eine Stunde länger gearbeitet wird.

*

Die Tagesordnung für die Konferenz der Finanzminister der Länder am Freitag ist bereits vom Reichsfinanzminister Reinhold mitgeteilt worden: Besprechungen über die Auswirkungen der Steuerermäßigungen in den Ländern und den Gemeinden. Von seiten Preußens ist gegen den Steuerabbau ohne Bereitstellung anderweitiger Mittel für die notleidenden Länder und Gemeinden ernstes Bedenken geltend gemacht worden.

*

Der Reichsrat nahm gestern den Gesetzentwurf auf Errichtung eines Ausschusses zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft an. Eine Aenderung gegenüber der bereits bekannten Regierungsvorlage wurde vor allem insoweit vorgenommen, als auch der Reichsrat bei der Auswahl der Mitglieder des Ausschusses mitwirken soll, während nach der Vorlage nur der Reichstag, der Reichswirtschaftsrat und die Regierung beteiligt sein sollten.

*

In einer großen im Reichswirtschaftsministerium stattgehabten Aussprache mit Vertretern der Arbeitnehmerorganisationen betonte Reichswirtschaftsminister Curtius, er lege größten Wert auf eine dauernde Fühlungnahme mit den Gewerkschaften und auf die Herstellung eines gegenseitigen Vertrauensverhältnisses. Der Minister berichtete über die Bestrebungen zur Vergebung größerer Materialaufträge durch die Reichsbahn und berührte auch das Problem des Wohnungsbaues. Die Vertreter der Gewerkschaften forderten insbesondere eine baldige befriedigende Lösung der Arbeitslosenfrage; der Minister kündigte eine Denkschrift der Regierung darüber an.

*

Am 22. Februar wird im Plenarsitzungssaale des Reichstages eine Kundgebung für deutsche Kultur stattfinden, die vom Schutzkartell deutscher Geistesarbeiter veranlaßt wird. Zu diesem Schutzkartell gehört neben einer großen Reihe von Organisationen der geistigen Arbeit auch der Reichsverband der deutschen Presse. Außer dem Präsidenten des Schutzkartells, dem früheren Abg. Everling (Bayer), werden auch Ansprachen des Reichskanzlers Dr. Luther und des Universitätsprofessors Dr. Caro-Halle erwartet.

*

Auf Grund des Antrages, den der deutsche Ausschuß für Leibesübungen unter dem 12. Jan. an den Präsidenten des Reichstages gerichtet hat, hat der Aeltestenausschuß des Reichstages beschlossen, einen interfraktionellen Ausschuß für körperliche Erziehung zu begründen.

*

Aus Prag wird gemeldet: Während der Rede des tschechoslowakischen Außenministers über die ungarische Geldfälscheraffäre kam es im Prager Abgeordnetenhause zu Sturmszenen. Von den kommunistischen Abgeordneten wurde die Anerkennung Sowjetrußlands gefordert. In dem ungeheuren Lärm konnte man kein Wort des Außenministers verstehen. Die Opposition machte durch Pultdeckelkonzert, Pfeifen und Trompeten die Verhandlung unmöglich, nachdem sie zuvor die Beseitigung der parlamentarischen Wache aus dem Saale erzwungen hatte.

*

In die polnischen Gefängnisse in Kattowitz und Königshütte wurden laut „Kattowitzer Zeitung" bis Dienstag früh 46 Deutschenführer eingeliefert. Wir hoffen bald, von einem ebenso energischen Protest der Regierung wie gegen die Ueberfälle in Südtirol zu hören. Unsere Linkspresse scheint zu schweigen, weil Polen — eine Demokratie ist.

*

Die Zahl der Arbeitslosen in England betrug am 8. Februar 1 164 900. Die Abnahme gegen die Vorwoche beträgt 10 078 und gegen die gleiche Periode des Vorjahres 78 059.

*

Der Papst empfing gestern die Fastenprediger der Stadt Rom und hielt bei dieser Gelegenheit eine Ansprache, in der er besonders die jetzige Frauenmode tadelte, an der auch die Männer mit schuld hätten. Er ermahnte die Prediger, gegen dieses Uebel ihre Stimme zu erheben.

*

Das amerikanische Repräsentantenhaus hat den Gesetzentwurf über die Bewilligung der Mittel für das Heer mit dem Gesamtbetrage von 339 560 000 Dollar angenommen und dem Senat überwiesen. — Rund 1½ Milliarden Mark für Heereszwecke: der ewige Friede erweist sich immer mehr als Fata Morgana.

Heute Abreise Sir Eric Drummonds.

Noch keine Entscheidung in der Frage der Ratssitze.

Halbamtlich wird wiederholt darauf hingewiesen, daß der Besuch des Generalsekretärs des Völkerbundes Sir Eric Drummond in erster Linie ein Akt der Höflichkeit ist. Selbstverständlich werden dabei auch Fragen besprochen, die mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zusammenhängen, jedoch nicht die politischen Fragen, sondern rein technische Angelegenheiten, sowie auch die Personalfragen, in denen der Generalsekretär selbst die Anstellung der Persönlichkeiten für das Generalsekretariat vorzunehmen hat.

Die am Montag begonnenen Besprechungen mit den zuständigen Persönlichkeiten im Auswärtigen Amt wurden am Dienstagnachmittag fortgesetzt. Am Dienstagmittag fand ein Frühstück beim Reichsaußenminister statt, an dem außer den Botschaftern, Minister Dr. Stresemann und Frau, und dem Generalsekretär Drummond der Reichskanzler Dr. Luther, der Staatssekretär der Reichskanzlei Dr. Meißner, der Staatssekretär im Auswärtigen Amt von Schubert, der Gesandte in Bern Adolf Müller, der Ministerialdirektor Gaus und Geheimrat von Bülow als Vertreter Deutschlands, sowie der englische und französische Botschafter teilnahmen. Ueber die Zusammensetzung der deutschen Delegation, die sich bei der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund nach Genf begeben wird, sind noch keinerlei Beschlüsse gefaßt worden; insbesondere steht die Frage noch ganz offen, ob auch der Reichskanzler sich nach Genf begeben wird.

Der Generalsekretär des Völkerbundes hat seine Abreise aus Berlin für Mitte der Woche angesetzt. Der Kanzler hat am Dienstagmittag zu Abgeordneten erklärt, daß über die Ergebnisse der Verhandlungen mit dem Völkerbundsgeneralsekretär ein abschließender Bericht der Oeffentlichkeit gegeben werden soll.

Zusagen an Polen?

In Berliner parlamentarischen Kreisen wird lebhaft die Tatsache besprochen, daß am Dienstagvormittag der polnische Gesandte Sir Drummond aufgesucht und mit ihm über eine Stunde konferiert hat.

Der „Corriere della Sera" meldet aus Rom: Der polnische Gesandte wurde nach Mussolinis Rückkehr vom Ministerpräsidenten empfangen. Der Gesandte gab nach der einstündigen Unterredung eine Mitteilung an die Presse aus, wonach Polens Aufnahme in den Völkerbundrat gleichzeitig mit Deutschlands Aufnahme am 8. März erfolgen wird.

Aus Genf wird gemeldet: Die Demarche Deutschlands bei den Kabinetten in der Völkerbundratsfrage ist in Paris Dienstagfrüh erfolgt. Das „Journal" meldet, daß in Verhinderung Briands Herr Berthelot den deutschen Botschafter empfangen hat.

Herr Berthelot habe auf die Freiheit der Völkerbundentscheidungen hingewiesen, auch in der Frage der Schaffung weiterer ständiger Ratssitze.

Die englische Arbeiterpartei gegen die Vermehrung der Völkerbundsratssitze.

Ein von der Arbeiterpartei im englischen Unterhaus eingebrachter Antrag drückt Zufriedenheit über Deutschlands Gesuch um Aufnahme in den Völkerbund aus, billigt den Beschluß, der Deutschland gemäß dem Vertrag von Locarno einen ständigen Sitz im Völkerbundsrat zusichert, spricht aber den Wunsch aus, die Regierung möge die weitere Vermehrung der ständigen Ratssitze nicht unterstützen, da die Gewährung der Forderungen anderer Mächte als ein Verstoß gegen das Abkommen von Locarno betrachtet werden könnte. Der Antrag [illegible] Abreise Chamberlains am 4. März zur Beratung gelangen.

2,4 Milliarden Defizit in Frankreich.

Die Bilanz der Finanzdebatte / Was wird aus Locarno?

In der französischen Kammer verkündete der Generalberichterstatter Lamoureux folgende Bilanz der Beratungen der Steuergesetze: Es werden einkommen durch sparsamere Handhabung der Finanzverwaltung 300 Millionen, ferner ein Mehrbetrag an Einkommensteuer von 200 Mill., ein Mehrbetrag aus den Sporteln für amtliche Eintragungen von 300 Millionen, ein Mehrbetrag an indirekten Steuern von 275 Millionen, ein Mehrbetrag aus der Besteuerung der Vermittlungstransaktionen von 125 Millionen, ein Ertrag der Exportsteuer von 400 Millionen.

Das macht insgesamt 1600 Millionen. Die Regierung muß, um das Defizit des Budgets für 1926 zu decken, noch eine neue Einnahmequelle im Betrage von 2400 Mill. erschließen.

— Die Lage der französischen Finanzen und damit der gesamten Innenpolitik bleibt außerordentlich schwierig. Denn schon um den kleineren Teil des Defizits einzubringen, hat Briand nach wochenlangen Verhandlungen mehrfach die Vertrauensfrage stellen müssen, um überhaupt zu irgendeinem Abschluß zu kommen. Jetzt geht die Steuervorlage an den Senat, bei dem neue Schwierigkeiten erwachsen können. Wie die weiteren 2,4 Milliarden aufgebracht werden sollen, ist vorerst völlig rätselhaft, zumal auch die Mehrheitsverhältnisse in der Kammer infolge des Bruches des Linkskabinetts und der Rechtsschwenkung Briands gänzlich ungeklärt sind.

Vor dem Sturz Briands?

Der Locarnovertrag ist in dem Ausschuß der französischen Kammer für auswärtige Angelegenheiten mit einer Mehrheit von drei Stimmen angenommen worden.

In dem Bericht, den der Abgeordnete Paul Boncour (Soz.) über die Abkommen von Locarno ausgearbeitet hat, wird „Journal" zufolge ausgeführt:

Der große Wert der Abkommen von Locarno liegt darin, daß zwischen den Ausbruch einer Streitigkeit und den Zeitpunkt, wo auf Grund dieses Zwistes ein Krieg entstehen könnte, ein langes Verfahren und lange Debatten eingeschaltet sind. Wenn die Abkommen also auch unbestreitbaren Wert haben, so genügen sie, an sich nicht, was muß sie ergänzen, indem man den Völkerbund verstärkt. Wenn die Bedeutung der Abkommen auch nicht zu verkennen ist, darf Frankreich nicht aufhören, für seine Sicherheit zu sorgen. Wenn Frankreich auch seine Abrüstung fortsetzen wünscht, so kann es doch nur entsprechend den Sicherheiten, die ihm gegeben werden, abrüsten.

Schon aus diesem, von einem Sozialisten verfaßten Bericht ergibt sich, daß Frankreich nicht entfernt daran denkt, uns Deutschen Gleichberechtigung einzuräumen und weder auf die Rüstungen und „Sicherheiten" noch auf „Stärkung des Völkerbundes", d. h. auf Stärkung des französischen Einflusses im Völkerbund gegen Deutschland, zu verzichten. Von einem Geist wirklicher Versöhnung ist nicht der leiseste Hauch zu spüren, es ist genau wie bisher nur Feindschaft, Mißtrauen und Herrschsucht zu bemerken. Zumindest der offiziellen deutschen Auffassung des Sinnes und Geistes von Locarno und schon der des französischen Sozialisten Boncourt ist ein gewaltiger Unterschied. Die französische Kammer in ihrer Vollstimmung aber und gar der nationalistisch eingestellte Senat werden aus den Locarnoverträgen noch ganz etwas anderes herauslesen — wenn die Verträge überhaupt angenommen werden, was schon in der jetzt nach rechts abgeschwenkten Kammer und noch mehr im Senat zweifelhaft ist.

Die Pariser Zeitungen „Temps" und „Matin" weisen auf die geringe Mehrheit hin, die nur drei Stimmen betragen hat, und erwarten, daß die Abstimmung im Plenum der Kammer Ueberraschungen bringen wird. Das „Journal" meldet, daß die Deputiertenkammer erst Ende März zur Verabschiedung des Locarnovertrages kommen wird, da die Fraktionen gestern übereingekommen sind, der Finanzgesetzgebung den Vorrang vor allen übrigen Gesetzentwürfen zu belassen.

Der Pariser „Matin" ist der Ansicht, daß nach dem Bruch des Kartells die schwierigste Aufgabe Briand noch bevorsteht und daß Briand die Locarnodebatte in der Kammer nicht mehr erleben wird.

Man hört wieder viel vom Bevorstehen eines Kabinetts Poincaré. Das würde das Scheitern der Locarnopolitik bedeuten.

*

Wie der Pariser „Temps" meldet, ist am Montag in Madrid das Abkommen der beiden Generalstäbe über die neuen Marokkoexpeditionen unterzeichnet worden. Der französische Ministerrat hat gestern die Entsendung der französischen Truppen-Kräfte in Marokko um 20 000 Mann beschlossen.

Eine japanische Monroedoktrin!

Der Mailänder „Corriere della Sera" meldet aus Tokio: Mit Zweidrittelmehrheit hat der Reichstag sich für die Verkündung einer japanischen Monroe-Doktrin in Ostasien ausgesprochen.

Der stellvertretende Außenminister griff mehrfach in die Debatte ein, um die scharfen Angriffe der Mehrheit auf die amerikanische Besetzung der Philippinen zurückzuweisen. Eine Erklärung von Regierungsseite zu dem Beschluß des Reichstages wurde nicht abgegeben.

Diese Meldung leuchtet blitzartig in das Dunkel hinein, in dem man hier in Europa über die Verhältnisse in Ostasien durch das fast das ganze dortige Nachrichtenwesen beherrschende England gelassen wird. Eine japanische Monroe-Doktrin, das Gegenstück zu dem amerikanischen „Amerika den Amerikanern!" bedeutet keineswegs nur eine grundsätzliche Kampfansage gegen ein Vordringen Amerikas in Ostasien sondern auch gegen den alten Herrschaftsbestand Englands und Frankreichs (Anam und Tonkin) und läßt den Schluß zu, daß Japan trotz aller Dementis eher zum Zusammengehen mit Rußland als mit England neigt.

Der Ruf: „Asien den Asiaten" ist nicht neu, er ist die größte Parole der Sowjetrussen in ganz Asien. Aber eine Zweidrittelmehrheit dafür im japanischen Reichstag gibt sehr zu denken.

2600 Jahre Kaiserreich.

Japan 83,5 Millionen Einwohner!

Das Land der Kirschblüte und der Geisha, der Harakiri und der stolzen Kriegerkaste, der Samurais, hat dieser Tage ein eigenartiges Jubiläum gefeiert: den 2600jährigen Bestand der Monarchie [illegible] Japan [illegible] Kaiser [illegible] Tage [illegible] Kaiserreich [illegible] Tage [illegible] Kaiserreich [illegible] Tage [illegible] Kaiserreich

Offenstoß ausgehen, der die heutige Landverteilung umwirft und auch uns frei machen kann. Statt wie unsere heutige „demokratische" Außenpolitik vorwiegend in Wirtschaft, in Finanz und Kapital zu denken, sollten wir mehr in Menschen denken: 70 Millionen Deutsche, 42 Millionen Italiener und 85 Millionen Japaner, alle drei Völker von der Not des zu engen Raumes, der zu dichten Bevölkerung getrieben: welche unwiderstehliche Kraft könnten sie entfalten, wenn sie über alle die nicht lebenswichtigen Differenzen hinweg den Weg zur Verständigung und im richtigen Augenblick nach kluger Vorbereitung den Mut zu gemeinsamem, die Enge sprengenden Vorstoß fänden.

Das braucht — und kann — nicht heute und morgen zu sein. Was ist ein Jahrzehnt in der Völkergeschichte? Aber den Blick zu richten auf die heranwachsenden Kräfte, wie die Eltern ihren Blick auf die heranwachsende Jugend richten, Möglichkeiten suchen und anzubahnen, kann niemals schaden. Stehen denn nicht auch England und Frankreich, die doch auch in Europa liegen, heute wieder in steten Bündnisverhandlungen mit Japan, hat nicht ihr Bündnis mit Japan den Russen und Amerikanern erst erlaubt, ihre ungeheuren Truppenmassen in Westkrieg gegen Deutschland einzusetzen? Werden nur wir niemals etwas anderes als kleineuropäische Politik treiben? Vergessen und mißachten wir den fernen Osten nicht!

Nicht bei England, nicht bei Frankreich, auch nicht bei Amerika liegt unsere Freiheit und unsere Zukunft. Und isoliert, wie heute, sind wir machtlos. Aber unsere Außenpolitik denkt in Wirtschaft und Finanz, statt in Menschen, und starrt, wie vom Schlangenblick fasziniert, auf England und Frankreich, die abstrebenden Mächte einer versinkenden Zeit. Dr. H. Elze.

Marineangelegenheiten.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages erledigte am Dienstag den Rest des Etats des Reichsarbeitsministeriums. Abg. Brüninghaus (Dvp.) wies auf den unwägbaren Nutzen hin, den unsere

Marinebesuche im Ausland

für das Deutschtum brächten. Die für Neubauten ausgesetzten 26 Millionen bedeuteten zu 80 Prozent reine Arbeiterlöhne. Man möge doch den kargen Marineetat nicht noch weiter beschneiden. Eine Marine, die nicht fahre, verlottere; sie sei wie ein Kavallerist ohne Pferd. — Abg. Dittmann (Soz.) behauptete, daß ein Teil der alten Marineoffiziere, die rechtsradikalen Organisationen angehörten, noch immer mit amtlichen Marineetiquetten in Verbindung ständen. Im Münchener Dolchstoßprozeß seien den Klägern amtliche Denkschriften zur Verfügung gestellt worden.

Abg. Rönneburg (Dem.) sprach der Marineleitung den Dank seiner Freunde für Hebung des Geistes der Truppen aus. Das Marinefachschulwesen müsse weiter gehoben werden. Das Reigen unserer Flagge im Auslande sei im Interesse des Auslandsdeutschtums nötig. Den Schiffsneubauten stimme der Redner zu. Das Streben nach Entpolitisierung der Marine müsse von allen Dienststellen gefördert werden.

Abg. Trovitzsch (Dnat.) führte aus, daß man [illegible] der Reichsmarine mit Hochschätzung spreche. — Reichswehrminister Dr. Geßler betonte den guten Erfolg der Bemühungen betreffend Entpolitisierung von Heer und Marine.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.

Im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages begründete am Dienstag Arbeitsminister Dr. Brauns den Regierungsvorschlag, wonach die Erwerbslosenunterstützung für alleinstehende Ledige um 10 Prozent erhöht werden soll. — Die Demokraten und das Zentrum hatten Anträge eingebracht, wonach die Sätze für die Hauptunterstützungsempfänger um 10 Prozent und für alleinstehende Jugendliche unter 21 Jahren um 20 Prozent erhöht werden sollen. Nach sehr eingehender Aussprache wurden diese Anträge angenommen, dagegen Anträge auf Begrenzung der Höchstsätze auf 75 Prozent des Lohnes sowie weitere Anträge auf Erhöhung der Höchstsätze abgelehnt. Die Beschlüsse müssen zunächst noch an den Haushaltsausschuß gehen zur finanziellen Nachprüfung.

Das Kapitalbedarf des staatlichen Bergwerksbesitzes.

Das preußische Staatsministerium hat dem Staatsrat einen Gesetzentwurf über die Bereitstellung von Geldmitteln für die Ausgestaltung des staatlichen Besitzes an Bergwerksunternehmen zur gutachtlichen Äußerung übersandt, aus dem der Amtliche Preußische Pressedienst folgendes mitteilt:

Für die Preußische Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft sind vorgesehen 4 500 000 RM., davon zum neuzeitlichen Ausbau von niedersächsischen Steinkohlenwerken, der jeweiligen Marktlage entsprechend, 3 000 000 M.; für den Ausbau des Wasserwerks Zawada in Oberschlesien 1 500 000 M. Bei der Bergwerksgesellschaft Hibernia erfordert die voraussichtliche Modernisierung der Zeche Shamrock 750 000 M. sowie das Abteufen eines neuen Schachts etwa 4 000 000 M., die Verbesserung der Fördereinrichtungen auf der Zeche Schlägel und Eisen 1 und II etwa 2 000 000 Mark, neue Dampfzeche und Verbesserung der Kesselbehälung, der Preßluftwirtschaft, der elektrischen Kingkabel und der Ventilatoren etwa 2 400 000 M., die Hafenanschlußbahn der Zechen General Blumenthal und Schlägel und Eisen und Einrichtungen zur vermehrten Abfuhr auf dem Rhein-Herne-Kanal etwa 1 600 000 M., die Erprobung der Einführung neuer Verfahren zur besseren Ausnutzung der Kohle etwa 2 500 000 M.

Die Bergwerks-Aktiengesellschaft Recklinghausen, die ein Grubenfeld von rund 21 000 Hektar oder 95,4 preußische Normalfelder mit schätzungsweise 3,3 Milliarden Tonnen Kohle hat, ist am 1. Jan. mit einem Aktienkapital von 57 000 000 M. ins Leben gerufen. Der Grundbesitz umfaßt 2178 Hektar. Die Gesellschaft besitzt eine Verkaufsbeteiligung beim rheinisch-westfälischen Kohlensyndikat von 6 285 000 Tonnen Kohle und eine Verbrauchsbeteiligung von 530 000 Tonnen Kohle. Die Erzeugung betrug im letzten Kalenderjahr annähernd 4,5 Millionen Tonnen Kohle und etwas über 900 000 Tonnen Koks. Bei dem Umfang des Unternehmens dürfte ein Betriebskapital von 12 000 000 M. angemessen sein; für die Brikettfabrik und Einrichtungen zur Verbesserung der Erzeugnisse ist rund eine Million Mark vorgesehen.

*

— Das wäre, wenn wir recht verstehen, ein Kapitalbedarf von 30,75 Millionen Mark, die der Steuerzahler aufbringen soll, damit der preußische Staat der privaten Steinkohlenindustrie, die infolge der Abjaktrise ihre Arbeiter nicht beschäftigen kann, Konkurrenz macht, und damit das, was der Staat durch den Bergwerksbetrieb verdient, auf der anderen Seite durch Steuerausfall und Erwerbslosenbeiträge wieder verlorengeht. Fürwahr eine merkwürdige Politik! Wenn vor dem Kriege der Staat Eigenbetriebe eröffnete, um von der Steuergesetzgebung unabhängige Einnahmen zu haben, und aus mancherlei sonstigen Gründen, so konnte man das allenfalls billigen. Damals war Absatz, Arbeit und Verdienst für jeden da, die staatskonkurrenz schadete nicht und war sogar vielfach ein neuer Antrieb zum Wetteifer; auch war die Steuerbelastung tragbar, zudem konnte der Staat seinen Kapitalbedarf auch aus anderen als Steuereinnahmen decken. Unter den jetzigen völlig veränderten Umständen muß man hinter den großen Staatsidealplänen Parteiprinzipien und Parteiinteressen vermuten, um die Weiterausbreitung des Staatsunternehmertums überhaupt zu begreifen.

Da der Staat bei der Kapitalbeschaffung in konkurrenzlos günstiger Lage gegenüber der Privatindustrie seiner Unterlanen ist, kann es auf diesem Wege bald dahin kommen, daß es überhaupt nur noch Staatsbetriebe gibt, und daß die Freiheit auf dem Papier steht, das ganze Volk aber Staatsarbeiter und Staatsangestellter ist. Ist das der Zweck der freien Republik und der große Fortschritt gegenüber Mittelalter und Monarchie?

Der Etat des preußischen Handelsministeriums.

In der Weiterberatung des Etats der preußischen Handels- und Gewerbeverwaltung im Hauptausschuß des Preußischen Landtags gelangte am Dienstag ein Zentrumsantrag zur Annahme, der auf

Ausgabenersparnis

abzielt. Nach ihm sollen die für sächliche Fonds vorgesehenen Ausgabebeträge mit der Maßgabe bewilligt werden, daß über die letzten zehn Prozent nur im Einverständnis mit dem Minister verfügt werden darf. Das bedeutet also in der Praxis den Versuch eines zehnprozentigen Etatsabstriches. Ferner wird das Staatsministerium ersucht, sich dahin schlüssig zu machen, daß auf Grund des Haushaltsplanes für 1926 die zu leistenden Ausgaben der Genehmigung des Finanzministers bedürfen, wenn sie bis zum 30. Juni ¼, bis zum 30. September die Hälfte und bis zum 31. Dezember 1926 ¾ der vorgesehenen Jahresbeträge übersteigen.

Abg. [illegible] Wirtschaftspolitik bezweifelte den durch den angenommenen Zentrumsantrag möglichscheinlich zu ersparenden Betrag auf 30 bis 35 Millionen. Das reiche aber bei weitem nicht aus, zumal die Ausgaben für die Erwerbslosenfürsorge den Staat ungeheuer belasteten. Der Minister hob hervor, daß angesichts der Beschlüsse des Hauptausschusses bei der ersten Lesung des Hauszinssteuergesetzes ein Minderaufkommen an Hauszinssteuer von 70 Millionen Mark jährlich zu erwarten sei. Es gelte daher den ernsten Versuch zu unternehmen, durch Verminderung der Etatsansätze auf der Ausgabenseite und durch Erhöhung anderer Einnahmen einen Ausgleich zu schaffen. In der weiteren Beratung wurde insbesondere

das Verhältnis Preußens zur Reichsbahn

besprochen. Annahme fand ein deutschnationaler Antrag, für den Fall der Feststellung von bayerischen Vorrechten für Preußen dieselben Rechte zu verlangen, sowie auf baldige Besetzung des Sitzes im Verwaltungsrat der Reichsbahngesellschaft durch Preußen hinzuwirken. Gegen Sozialdemokraten und Zentrum fand ferner der Antrag Brunk (Dn.) Annahme, durch geeignete Maßnahmen dahin zu wirken, daß das Reichsbahngesetz nach vorausgegangenen Verhandlungen mit der Reparationskommission eine Abänderung erfährt, die der Reichsregierung, dem Reichstage und dem Reichsrat die Aufsicht und Kontrolle über die Deutsche Reichsbahngesellschaft in ausreichender Weise zurückgibt. In einem weiteren angenommenen Antrage wird aufgefordert, daß bei der

Neugestaltung der Kraftfahrzeugsteuer

die Wegebau-Vorausleistung beseitigt wird. Ein angenommener Antrag des Abg. Schmedding (Z.) nimmt eine große Reihe von Abstrichen bei einzelnen Etatpositionen vor, durch die etwa 1,2 Millionen Mark erspart werden. Angenommen wurde auch der Antrag Otterroth (Soz.) auf Ausbau des Verkehrsnetzes im westfälischen Industriegebiet, auf billige Fernfrachtsätze zur Milderung der stachtlichen Vorbelastung der schlesischen und ostpreußischen Wirtschaft und auf Bau rationeller Kraftwagenstraßen.

Schließlich wurde angenommen der Antrag Pinkerneil (DVP.) auf Trennung der Verwaltung der staatlichen Elektrizitätsbetriebe vom Handelsministerium und Umstellung dieser Verwaltung in eine private Institution nach dem Muster der Verwaltung der staatlichen Bergwerksbetriebe. Es wurde noch weiterer Ausbau des gewerblichen Unterrichtswesens im Interesse eines gut ausgebildeten Nachwuchses gefordert. Damit war die Vorberatung des Haushalts für die Handels- und Gewerbeverwaltung beendet.

Justizfragen vor dem Reichstag.

Im Reichstag begann gestern die zweite Beratung des Reichsjustizetats mit einer Rede des deutschnationalen Abg. Dr. Hanemann, der größere Unabhängigkeit der Richter von der Justizverwaltung forderte. Er wandte sich auch gegen den republikanischen Richterbund, dem er die Tendenz nachsagte, die Justiz zu politisieren. — Der sozialdemokratische Abg. Levi richtete scharfe Angriffe gegen die deutsche Rechtspflege und führte verschiedene Fälle an, in denen nach seiner Meinung schlimme Fehlurteile ergangen sind.

Zur Erwiderung nahm sofort der neue Reichsjustizminister Dr. Marx das Wort. Er wies die Angriffe des Abg. Dr. Levi scharf als unbegründete Verallgemeinerungen zurück und nahm den deutschen Richterstand in Schutz. Seine Ausführungen enthielten die Mitteilung, daß das Reichskabinett demnächst über die

Aufhebung des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik

beraten werde. — Auch die folgenden Redner, die Abgg. Schultz (Z.) und D. Kahl (DVP.) nahmen die deutsche Rechtspflege gegen die Angriffe des sozialdemokratischen Redners in Schutz. — Abg. D. Kahl trat für eine Vereinheitlichung der Rechtsprechung in der Form ein, daß die einzelnen Oberlandesgerichte verschwinden möchten und als höchstes Gericht nur das Reichsgericht bestehen bleibe. Er übte weiter an den vielen parlamentarischen Untersuchungsausschüssen Kritik, die nach seiner Meinung häufig störend in die ordentliche Rechtspflege eingreifen. Wie er ankündigte, will der diesjährige deutsche Juristentag sich eingehend mit der Frage der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse beschäftigen.

Zulassung des Volksbegehrens durch die Reichsregierung.

Die Reichsregierung hat die gesetzlich vorgeschriebene Zulassung des von der sozialdemokratischen Partei und der kommunistischen Partei beantragten Volksbegehren auf Einbringung eines Gesetzes über die Enteignung der Fürstenvermögen beschlossen, nachdem festgestellt war, daß die gesetzlichen Voraussetzungen für die Zulassung erfüllt sind.

Mit dieser Zulassung hat die Reichsregierung lediglich den gesetzlichen Vorschriften über die Behandlung solcher Anträge entsprochen. Der Inhalt des Gesetzentwurfes, der eine völlig entschädigungslose Enteignung vorsieht, macht sie sich in keiner Weise zu eigen, sie arbeitet vielmehr darauf hin, daß die gegenwärtig im Reichstag geführten Verhandlungen über eine angemessene Regelung der Auseinandersetzungsfrage bald zu einem gesetzlichen Abschluß gelangen, und daß dann der weitergehende, mit dem Volksbegehren verfolgte Antrag, wenn er nicht zurückgezogen wird, abgelehnt wird.

Festsetzung der Eintragungsfrist für das Volksbegehren.

Der Reichsanzeiger veröffentlicht eine Verordnung des Reichsministers des Innern, in der die Eintragungsfrist für das von der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei beantragte Volksbegehren (Enteignung der Fürstenvermögen) auf die Zeit vom 4. März bis einschließlich 17. März 1926 festgesetzt wird.

Gefangene im besetzten Gebiet.

Im Reichstagsausschuß für die besetzten Gebiete teilte Generalkommissar Schmid mit, daß noch etwa 180 bis 190 Gefangene in Gefängnissen des besetzten Gebietes sich befänden, etwa 160 bis 170 in Händen der Franzosen, 10 in Händen der Belgier und 10 bis 12 in englischem Gewahrsam. Der überwiegende Teil davon sei wegen gemeiner Delikte verurteilt worden und nur etwa 20 Personen aus Handlungen, die Verstöße gegen die Ordonnanzen bedeuten.

Die politischen Gefangenen im engeren Sinne seien auf Grund des Londoner Abkommens sämtlich in Freiheit gesetzt worden. Das Reichskommissariat in Coblenz stehe zurzeit in Unterhandlungen mit der Rheinlandkommission wegen Erlaß oder Milderung der Freiheitsstrafen. Ein Abschluß dieser Verhandlungen sei in Bälde zu erwarten. Die Gefangenen Reichsdeutschen würden durch das Rote Kreuz betreut.

Tanzsport und Sporttanz.

Von Karl Meixner-Heckert.

(Nachdruck verboten).

Man kann nicht behaupten, daß der Ursprung des Tanzes aus dem Streben nach gesundheitsfördernden Leibesübungen herzuleiten sei. Das Tanzen ist bei den alten Völkern, unter denen die Griechen in allen Dingen als Muster gelten, nichts als ein Spiel, nur mit dem Unterschied, daß es ein schönes Spiel sein soll.

Die Zeiten ändern sich. Die moderne Kultur, die fast ausschließlich auf die Ausbildung eines zweckentsprechenden Lebens gerichtet ist, die meist nur dem Notwendigen Existenzberechtigung zuerkennt, hat in das Bereich der Zweckmäßigkeit auch die Tanzkunst gezogen. Nicht zu ihrem Nachteile. Zwar zetert man gegen die Verbreitung neuer Tänze; tanzfeindliche Gelehrte bemühen sich, als Ursache der modernen Tanzmanie die mittelalterliche Tanzwut hinzustellen — erfolglos: in aller Welt wird modern getanzt. Im gewissen Sinne ist die tyrannischste Herrscherin die allgewaltige Mode, die beste Erklärung für den Enthusiasmus und Fanatismus der Tanzmode und des Modetanzes. Dem objektiven Betrachter aber fällt bei einer Kritik der „Kulturmission" des modernen Tanzes als das Entscheidende sofort ins Auge: daß die zunehmende Lust am Tanzen mit der wachsenden Begeisterung für den Sport zusammentrifft. Der Tanz von heute stellt ebenso wie der Sport eine Reaktion gegen die durch die Materialisierung unserer Zeit bedingte Zurückdrängung der Persönlichkeit des einzelnen Menschen dar, die eine physische Körpererschlaffung zur Folge hatte.

Der moderne Tanz ist: Sport im veränderten Milieu. Sport, der aus der Freiheit der Natur oder aus der Nüchternheit des Turnsaales auf das Parkett des Gesellschaftsraumes verlegt ist. Das trifft nur für den modernen Tanz zu. Die „alten" Tänze sind als reine Äußerungen der Geselligkeit, des gesellschaftlichen guten Tones anzusehen, man unterschätzt sich bei ihnen, sowie bei Kennern sich bei einer erlesenen Flasche Wein unterschätzt. Die „alten" Tänze sind als „tanzende" Bewegungen anzusprechen. Der moderne Tanz dagegen stellt an den Tänzer sportliche Anforderungen.

Von allen Formen des modernen Tanzes gilt: man muß seine Rhythmen so beherrschen, daß man sich durch Uebung und Training in seinen Variationen auszutoben vermag. Die sportmäßige Auffassung bedingt, daß die Tanzpaare „eingetanzt" sind. Der Sporttänzer, der mit einer fremden Partnerin tanzt, wird niemals vollkommene Harmonie, restloses Anpassen an den Rhythmus und an das Tempo der Musik erreichen. Ein „Zufallstanzpaar" wird beim modernen Tanz nur in seltenen Fällen einen erfreulichen Anblick darbieten. Beim Walzer z. B. gab es keine Besonderheiten, keine Abweichungen von der Regel, keine persönliche Note, — darum konnte ihn jeder Herr mit jeder Dame tanzen. Der moderne Tanz, der nicht mehr, wie die „alten" Tänze, Vorrecht oder Modesache junger Leute ist — heute tanzt wieder jung und alt! — ist frei von jedem schulmäßigen Zwange und bietet allem seinen Jüngern körperliche und ästhetische Vorteile, schafft Bewegung, gesteigerten Blutumlauf, Freiwerden der Gelenke und erfordert das Eingestelltsein des ganzen Menschen, des geistigen wie des körperlichen, auf sportliche Ausübung.

Die Sportidee im modernen Tanz wirkt weit über den Ballsaal hinaus befruchtend. Die moderne Jugendbewegung betont in besonders natürlicher Art: sich im Tanze auszuleben. Ueberall regt sich das fröhliche Tanzspiel. Reigen, aus Volkstänzen herausweisend, weckten wieder den Sinn für Natur und Heimat. Durch einfachen und freudigen Bewegungstrieb werden wieder natürliche Lebenskraft im modernen Tanz entwickelt. Die moderne, mit dem Sport immer verbundene Tanzkultur hat es zuwege gebracht, daß der Kunstsport heute auf einer Höchststufe steht, daß der Jboentanz oder der Schönheitstanz Seele besitzt und nicht, wie das akrobate Ballett, in seelenlose Technik ausartet.

Tanz und Tanzform sind wandelbar. Es kommt nicht darauf an, welche Gesellschaftstänze gepflegt werden, sondern wie man Tanz pflegt, wie man im Sportsinne zur Körperbildung kommt. Man kann aus jedem Hüpfen eine Tanzform ableiten. Ohne sportliche Grundlage läßt sich aber das Wesen des Tanzes nicht erschöpfen: denn erst die sportliche, die innere Bewegungsform läßt Lösung der körperlichen Spannung eintreten in Rhythmik und Symbolik, in Gesetz und Takt, in Lebensform und Aesthetik.

Die neueste Errungenschaft im Reiche der Töne.

Wir sind ja bei den Jazzbandkapellen bereits an die merkwürdigsten Instrumente gewöhnt, aber die letzte Neuheit dieser Orchester übertrifft alles bisher Dagewesene und scheint sich überhaupt im Musikleben einbürgern zu wollen. Dies Instrument ist die „musikalische Säge", die fast ganz so wie eine gewöhnliche Zimmermannssäge aussieht. In England werden von diesen musikalischen Sägen, die natürlich wie die ganze Jazzmusik aus Amerika herübergekommen sind, viele Hunderte an Musikfreunde verkauft und es gibt bereits Lehrer im „Sägespielen", die in einem Dutzend Stunden die notwendige Beherrschung des Instruments beibringen. Beim Spielen nimmt man den Handgriff der musikalischen Säge zwischen die Knie und hält die Stahlspitzen zwischen Daumen und Zeigefinger der linken Hand fest. Das Blatt der Säge wird in die Form eines „S" gebogen und man entlockt dann der Säge die melodischsten Töne, indem man mit einem gewöhnlichen Violinenbogen oder mit einem filzüberzogenen Hammer den Stahl in Schwingungen versetzt. Geschickte Jazzmusiker können auf der Säge die schwersten Melodien und Tänze zu Gehör bringen.

Auffindung von Handschriften Mozarts und Beethovens in Moskau. Bei einer Sichtung der Archive, in welchen Bücher und Dokumente des schon vor dem Weltkriege verstorbenen Großfürsten Konstantin Konstantinowitsch aufbewahrt wurden, sind jetzt mehrere Notenhandschriften von Beethoven und Mozart aufgefunden worden. Nach der Meinung von Sachverständigen unterliegt es keinem Zweifel, daß es sich hier um eigenhändige Niederschriften der beiden großen deutschen Komponisten handelt.

Die Königsberger Oper gefährdet. Die Oper in Königsberg ist infolge des Mangels an Geldmitteln und der materiellen Notlage der Provinz aufs stärkste gefährdet. Da die Preuß. Landesbühne und die Stadt Königsberg in der Gewährung von Mitteln äußerst beschränkt sind, dürfte eine Schließung der Königsberger Oper bevorstehen, wenn nicht der preußische Staat helfend eingreift. Es ist deshalb eine dahingehende Anfrage beim Landtage gestellt worden, mit dem Hinweis darauf, daß die mit der Schließung der Oper verbundene Auflösung des Orchesters die abgeschnittene Provinz der wichtigsten Pflegestätte ernster musikalischer Kunst berauben und dem Musikleben im Nordosten des Reiches den schwersten Schlag zufügen würde.

Die erste Rektorin in Breslau. Die in den letzten Jahren durchgeführte Gleichberechtigung der weiblichen und männlichen Lehrkräfte führte in einer ganzen Reihe von Orten zur Berufung von Lehrerinnen als Leiterinnen der Volksschulen. In Breslau war das bisher nicht der Fall. Nunmehr fungiert aber auch in Breslau an einer evangelischen Mädchenschule eine Rektorin, die auch zugleich Mitglied der Schuldeputation ist.

Ein Vulkan im Bodensee? Seit mehreren Wochen beobachtet man an einer Stelle im Bodensee a. d. Höhe von Langenargen das Emporsteigen schwarzer Schlammassen, die einen starken Gasgeruch verbreiteten. Die vorgenommenen Lotungen haben ergeben, daß an dieser mit 180 Meter tiefsten Stelle des Bodensees sich noch ein zwanzig Meter tiefes liegendes Loch befindet, aus dem die Schlammassen herausgeschleudert werden. Man vermutet, daß der See durch dieses Loch die Verbindung mit einem unterirdischen Feuerherde habe, ähnlich den isländischen Geisern. Das Institut für Seeforschung in Langenargen plant in Verbindung mit der Drachenstation in Friedrichshafen und der biologischen Station in Wasserburg eine neue Untersuchung der rätselhaften Oertlichkeit.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19260218014/fragment/page=0002